

Ein Geschenk für die nationalen Minderheiten zum 60. Geburtstag der VR China: Ein Weißbuch und zwei Hinrichtungen

Der militärische Aufmarsch und seine Botschaft

Am 1. Oktober feierte Peking den 60. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China. Die Feier war furchteinflößend. Militärisches Gerät rollte an den chinesischen Führern vorbei, die mit stocksteif mit stolzeschwellter Brust dastanden. Regierungen in aller Welt sahen diesem militärischen Muskelspiel Chinas mit angehaltenem Atem zu. Ausländischen Firmen, die in der Rüstungsindustrie tätig sind, lief angesichts dieses potenziellen Marktes schon das Wasser im Munde zusammen. Sie wurden bitter enttäuscht. Vorgeführt wurde ein beeindruckendes Spektrum von fast 5000 hochentwickelten Waffen. Jede einzelne davon war in China hergestellt. Die Botschaft an die Händler des Todes war eindeutig: Es gibt keinen chinesischen Markt für Chinas Militärarsenal. Auf diesem hochwichtigen Gebiet will China absolut unabhängig und vollkommen autark sein.

Ein Geschenk des Himmels: Ein Weißbuch

Wenige Tage zuvor, am 27. September, hatte Peking seinen 55 Minderheiten ein Geschenk gemacht: ein Weißbuch mit dem Titel *Die Nationalitätenpolitik Chinas und die gemeinsame Prosperität und Entwicklung aller Volksgruppen*, herausgegeben vom Informationsbüro des Staatsrats der Volksrepublik China.

Außenstehende Beobachter sehen vielleicht keine Verbindung zwischen diesen beiden Entwicklungen. Bei den Minderheiten aber dürfte die Botschaft eindeutig angekommen sein: Das Weißbuch über ihre Rechte ist das Zuckerbrot. Und wenn ihnen das Zuckerbrot nicht schmeckt, dann bekommen sie die Peitsche zu spüren, jenes militärische Gerät nämlich, das am Jubiläumstag so ohne jede Scheu vorgeführt wurde.

Die Zeitschrift *The Economist* kommentierte in ihrer Ausgabe vom 3.-9. Oktober mit der Titelgeschichte über China nüchtern die Gründe, warum Peking diese gewaltige Schau veranstaltete. „Die chinesische Führung,“ so die Zeitschrift, „weist zu Recht darauf hin, dass ihr Land noch immer ein armes Land ist, das natürlich die wirtschaftliche Entwicklung als vorrangig ansieht. Und das beantwortet in gewissem Sinne auch die Frage nach der Botschaft, die die Parade am Nationalfeiertag vermitteln sollte: Der Hauptadressat war nicht das Ausland, sondern Chinas eigene Bevölkerung. Da die Regierung nicht mit einem Mandat des Volkes ausgestattet ist, stützt sich ihre Legitimität nur darauf, inwiefern es ihr gelingt, China reicher und stärker zu machen. Die Demonstration der Stärke, die zeigen soll, wie gut das der Führung gelungen ist, deutet darauf hin, dass es ihr an Selbstvertrauen mangelt. Für diejenigen, die sich besorgt fragen, wohin der Aufstieg Chinas wohl führt, ist diese Unsicherheit der Regierung kein beruhigender Gedanke.“

Willy Lam, dieser ausgefuchste Chinakenner, kommentiert: „Und die Militärparade vom 1. Oktober mit ihren beispiellosen Ausmaßen war eine Machtdemonstration, die sich ebenso sehr an die unzähligen Feinde der Partei im Inland richtete – Dissidenten ebenso wie tibetische und uigurische Separatisten – wie auch gegen die Gegner Chinas im Ausland.“

Die *Newsweek* vom 12. Oktober teilt die Ansicht, dass die Botschaft dem inländischen Publikum galt. Aber sie kommt zu anderen Schlussfolgerungen. Mit der Parade, so das Magazin, habe man dem chinesischen Volk die Gewissheit geben wollen, dass es im Innern und nach außen sicher sei. Angesichts der von der Staatsmacht im Zusammenhang mit der Parade geschaffenen Atmosphäre von Heimlichtuerei und dunklen Andeutungen klingt dieses Argument nicht plausibel. Wenn es wirklich so wäre, dann fragt sich, warum ganz China, mit Ausnahme einer kleinen handverlesenen Gruppe von Zuschauern, aufgefordert wurde, zu Hause zu bleiben und sich die Parade an diesem Tag im Fernsehen anzusehen. Sicherheitsfragen betreffen die Sicherheit der Herrschenden ebenso wie die der Beherrschten. Doch wenn sich die Herrschenden nicht vor denen sicher fühlen, die sie beherrschen, wie sollen sich dann die Beherrschten vor ihren Herrschern sicher fühlen können?

Die Frage, die sich sowohl im Hinblick auf die Parade als auch auf das Weißbuch stellt, lautet: Wenn es die zentrale Botschaft der Parade ist, den Chinesen und den Minderheiten die Gewissheit zu ge-

ben, dass sie sicher sind, warum muss dann die Staatsmacht diese gigantische Show veranstalten, die astronomische Summen kostet?

Es mag sicher auch andere Kandidaten für den Titel des sichersten Landes der Welt geben, nehmen wir zum Beispiel die Schweiz. Sie ist bestimmt eines der zivilisiertesten und friedlichsten Länder der Welt. Die Schweizer Behörden aber sehen keinerlei Notwendigkeit, eine muskelstrotzende Parade zu veranstalten, um ihrem Volk zu beteuern, dass es sicher und in sicheren Händen ist.

Das Gleiche gilt für das Weißbuch. Wenn die Minderheiten am gemeinsamen Wohlstand und an der Entwicklung teilhaben, dann gibt es keinen vernünftigen Grund, dies schwarz auf weiß festzuschreiben zu müssen. Wenn es wahr ist, dann spricht es für sich selbst und wird den Beifall aller finden, nicht zuletzt auch der Minderheiten, die Peking diese unglaubliche Fürsorge mit unerschütterlicher Loyalität danken werden.

Aber leider können gemeinsamer Wohlstand und Entwicklung für die Minderheiten niemals mit den verkündeten Zielen Pekings mithalten. Wenn die Führung angesichts der Tatsache, dass es im vergangenen Jahr [2008, A.d.Ü.] in Tibet lang anhaltende und weit verbreitete Unruhen gegeben hat und im Juli dieses Jahres [2009, A.d.Ü.] in Xinjiang höchst gewaltsame Proteste ausgebrochen sind – beides wurde brutal niedergeschlagen –, wenn also die Führung jetzt ein solches Weißbuch mit solch hohen Ansprüchen veröffentlicht, dann ist das ein Zeichen dafür, dass Peking entweder voll und ganz darauf vertraut, dass seine gegenwärtige wirtschaftliche Schlagkraft diese Ansprüche für die Welt akzeptabel macht oder dass es verzweifelt versucht, in der Schönfärberei eines Weißbuchs ein schreckliches Geheimnis zu verbergen.

Und das ist das Geheimnis: Wir haben keinen vollständigen Überblick über das Ausmaß an Tod und Verwüstung, das die Staatsmacht dem tibetischen Volk nach den friedlichen Protesten, die Tibet und die Welt im vergangenen Jahr erschütterten, zugefügt hat. Nach den Informationen jedoch, die uns zum 27. Oktober 2009 vorliegen, hat es seit März 2008 auf tibetischer Seite insgesamt 228 Tote gegeben. In 118 Fällen davon sind uns alle maßgeblichen Einzelheiten bekannt. 371 Tibeter wurden verurteilt, 4657 wurden verhaftet bzw. in Polizeigewahrsam genommen. 990 Tibeter sind verschwunden, 1294 wurden verletzt. Das sind die Zahlen, die uns bekannt sind. Doch wer weiß, wie viele Tibeter noch umgekommen sind, und wer kennt die genaue Zahl der Tibeter, die noch im Gefängnis sitzen und gefoltert werden?

Das jüngste Geschenk an die Tibeter: Hinrichtungen

Am 20. Oktober [2009, A.d.Ü.] haben die chinesischen Behörden in Lhasa mehrere Tibeter wegen ihrer Beteiligung an den Protesten von 2008 hingerichtet. Zwei Hinrichtungen sind von der chinesischen Regierung bestätigt worden. In der offiziellen chinesischen Presse wurden diese Hinrichtungen mit keinem Wort erwähnt. Die Nachricht von diesen Hinrichtungen verbreitete sich in der tibetischen Welt, weil die Leichen der Hingerichteten an ihre Familien zurückgegeben wurden. So erfuhr die Welt von diesem amtlichen Mord an Tibetern, die es gewagt hatten, sich für die Rechte ihres Volkes einzusetzen. Das jüngste Weißbuch kann diese Hinrichtungen von Tibetern, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen hatten, nicht schönreden.

Das Wahrheitsministerium¹

Peking jedoch versucht, alle diese Gräueltaten unter einem Sperrfeuer von Propaganda zu begraben, das Salve für Salve abgefeuert wird. Auf das Weißbuch folgte ein ausführliches Interview des Stellvertretenden Leiters der Abteilung für die Arbeit der Vereinigten Front der Kommunistischen Partei, Zhu Weiqun. Das 11 Seiten lange Interview wurde am 16. Oktober [2009, A.d.Ü.] auf der Website von *Xinhua* groß herausgebracht. Es war ein Nachdruck aus der ursprünglichen Quelle, dem deutschen Magazin *Focus*, das es [in gekürzter Fassung, A.d.Ü.] einen Monat zuvor, am 22. September, veröffentlicht hatte. Der Beweggrund dafür, ein altes Interview zu abgedroschenen Themen wiederzuwerten, war wahrscheinlich die Überlegung, dass sein Nachdruck aus einer ausländischen Quelle das Interview weniger nach ‚Neusprech‘² aussehen lässt, als wenn *Xinhua* selbst ein Interview mit dem Chef des Wahrheitsministeriums gemacht hätte. Und in dem Interview sagte Zhu Weiqun, so wie es

seiner Natur entspricht, die Wahrheit sei auf seiner Seite und die tibetische Seite sei tief in Lügen verstrickt und von großer Falschheit befangen.

Was Zhu Weiqun wirklich sagen will, ist klar. Er sagt, dass kein Grund besteht, die Autonomieregelung, die für das tibetische Volk in Kraft gesetzt wurde, zu verändern oder zu verbessern. „Wie Chinas regionale ethnische Autonomie aussehen sollte, ist, simpel ausgedrückt, genau so wie sie jetzt ist.“

Was die chinesische bürgerliche Gesellschaft sagt

Chinas bürgerliche Gesellschaft, so klein und ramponiert sie auch ist, setzt sich gegen diese harte Haltung tapfer zur Wehr. In einem der mutigsten Schritte, die nach den ausgedehnten und anhaltenden Protesten in Tibet im Frühjahr und Sommer des vergangenen Jahres unternommen wurden, sandte das in Peking ansässige Gongmeng-Zentrum für Rechtsforschung Wissenschaftler in drei Gebiete der sogenannten Autonomen Region Tibet und in tibetische Gebiete außerhalb dieser Region, um die Ursachen für diese Proteste herauszufinden. Die Wissenschaftler blieben einen ganzen Monat dort und befragten die Menschen. Ihre Ergebnisse wurden im Mai [2009, A.d.Ü.] unter dem Titel *Untersuchungsbericht zu den sozialen und ökonomischen Ursachen der Vorfälle vom 14. 3. in den tibetischen Gebieten* veröffentlicht. Diesem Bericht zufolge war die rasche Zunahme des tibetischen Nationalismus weitgehend durch die Zustände in Tibet ausgelöst worden, und zwar u.a. durch die alles durchdringende Korruption. Sie bringt die den Autoren so bezeichnete „neue Aristokratie“ hervor, die sich an Pekings Großzügigkeit mästet, aber nicht zögert, für alle Folgen ihrer eigenen völligen Inkompetenz und Misswirtschaft die „Separatisten“ verantwortlich zu machen. Der Bericht listet neun Empfehlungen an Peking zur Lösung der Tibetfrage auf. In den ersten Anregungen heißt es: „Man muss auf die Stimmen der einfachen Tibeter hören, jedes einzelne der Rechte und Interessen des tibetischen Volkes achten und schützen und auf dieser Basis die Politik und das Denken in den tibetischen Gebieten so anpassen, dass eine Entwicklungspolitik ausgearbeitet werden kann, die den Besonderheiten der tibetischen Gebiete Rechnung trägt und im Einklang mit den Wünschen des tibetischen Volkes steht.“

Die dritte Empfehlung lautet: „Die effektive Aufsicht über die lokalen Strukturen bei der Umsetzung der regionalen ethnischen Autonomiepolitik muss erhöht und der Prozess der Demokratisierung der Machtstrukturen muss beschleunigt werden. Korruption, schlechte Verwaltung und Pflichtvergessenheit, die in der Verwaltung der tibetischen Gebiete festzustellen sind, dürfen nicht länger hingenommen werden und zwar vor allem nicht bei den Amtspersonen, die soziale Probleme im Namen des ‚Kampfes gegen das Spaltertum‘ unter den Tisch kehren.“

Der Bericht empfiehlt Peking auch, „die Rechtsstaatlichkeit bei den dienstlichen Abläufen in den tibetischen Gebieten zu fördern.“

In seinem von *Xinhua* nachgedruckten langen Interview wird Zhu Weiqun folgendermaßen zitiert: „Was die Religion betrifft, so betreiben wir in Tibet und im Rest des Landes dieselbe Politik der Glaubensfreiheit. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses wird in China vollkommen respektiert und geschützt, und es gibt keinerlei Behinderungen.“

Dass dies nicht stimmt, geht klar aus dem Untersuchungsbericht hervor, der die Zentralregierung auffordert, „die Glaubensfreiheit des tibetischen Volkes zu achten und zu schützen, so dass normales religiöses Leben und mit allen seinen Aktivitäten wieder aufgenommen werden kann und unterstützt wird. Die Bedeutung, die Religion und religiöses Leben für die tibetischen Gebiete und das tibetische Volk haben, muss in vollem Umfang anerkannt werden.“

Der einheimische Aspekt von Chinas Propaganda

Zu Chinas Propaganda heißt es in der schon erwähnten Ausgabe des *Economist*. „Aber das von China gern gepflegte Image als verantwortungsvolle, nicht bedrohliche und aufstrebende Supermacht wird durch zwei Angewohnheiten seiner Führer ständig konterkariert. Die eine ist die reflexhafte Zuflucht zu hysterischer Propaganda und Repressalien, wenn das Ausland China durch Kritik an seiner inakzeptablen Behandlung politischer Dissidenten erzürnt oder wenn es dem Besuch des Dalai Lama oder eines anderes Hassobjektes der Kommunistischen Partei zustimmt.“

Die Kommunistische Partei legt großen Wert auf ihr Image, aber nicht wegen des Auslands, sondern wegen seiner eigenen Bevölkerung. Den Rest der Welt kann Peking kaufen, bestechen und einschüchtern. Wie Pekings jüngste Erfahrungen zeigen, scheint diese Taktik zu funktionieren. Aber gegenüber dem eigenen Volk, bei dem sie lange angewandt wurde, scheint diese Taktik sich jetzt abzunutzen. Nehmen wir z.B. den Fall des *Gongmeng-Zentrums für Rechtsforschung*, das trotz aller Widerigkeiten die Pekinger Mutmaßungen und Propaganda bezüglich Tibets mutig in Frage gestellt hat. Der Dank dafür war, dass die Rechtsfirma geschlossen und ihr Direktor festgenommen wurde, auch wenn er schon bald wieder frei kam.

Diese chinesischen Stimmen der Vernunft und des gesunden Menschenverstands nehmen zu. Vom 6. bis 8. August dieses Jahres [2009, A.d.Ü.] fand in Genf eine Konferenz mit chinesischen Wissenschaftlern und Menschenrechtsanwälten sowie Tibetern aus dem Exil statt. Die Konferenz mit dem Namen *Finding Common Ground* [dt. Eine gemeinsame Basis finden, A.d.Ü.] erarbeitete ein Dokument, in dem es heißt: „Die eigentliche Ursache des Tibetproblems ist nicht ein Konflikt zwischen dem chinesischen und dem tibetischen Volk, sondern die autokratische Herrschaft der Volksrepublik China in Tibet und ihr kultureller Genozid. Die Behauptung der Pekinger Regierung, Tibet sei immer ein Teil Chinas gewesen, ist sachlich unrichtig.“

Die Konferenz erklärte: „Die tibetische Kultur ist ein wertvoller Schatz unter den vielen Kulturen der Menschheit. Ohne Freiheit für Tibet wird es keine Freiheit für China geben.“
Noch so viele Weißbücher werden es nicht vermögen, die steigende Flut der öffentlichen Meinung in China aufzuhalten. Und die öffentliche Meinung in China fordert, dass die chinesische Regierung transparenter wird und auf die Bedürfnisse und Wünsche der Chinesen selbst als auch der Minderheiten eingeht, deren Möglichkeit, ein Leben in Würde und Freiheit zu führen, eine solide Grundlage für ein stabiles und blühendes China bilden wird.

Daran sollte die Regierung in Peking arbeiten. Weißbücher herausgeben und auf der anderen Seite Menschen hinrichten – das ist nicht der Weg, den man gehen muss, wenn man zu einem guten Regierungssystem kommen will. Um ein Wort Abraham Lincolns abzuwandeln: Man kann einige Menschen für alle Zeit kaufen, bestechen und einschüchtern, aber man kann nicht alle Menschen für alle Zeit kaufen, bestechen und einschüchtern.

Einem „Separatisten“ einen „Separatisten“ entgegensetzen

Peking ist sich darüber im Klaren, dass es seinen Weg zu Stabilität und Legitimität nicht durch Kaufen, Bestechen und Einschüchtern erreichen kann. Wegen dieser Einsicht und in kalkulierter Frustration erhöht es die Lautstärke seiner schrillen Schmähungen gegen Seine Heiligkeit den Dalai Lama. Gegenwärtig ist Pekings liebstes Ärgernis das demokratische System, das die Tibeter im Exil aufgebaut haben. Nach Pekings Worten ist diese Form der tibetischen Demokratie nur eine Mogelpackung. Die tatsächliche Macht, so wird behauptet, liege immer noch bei Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama.

Die jüngste Breitseite der chinesischen Regierung gegen die tibetische Demokratie wurde am 28. Oktober 2009 von der KPCh-Zeitung *People's Daily* abgefeuert. Der Artikel trug die Überschrift *Die demokratischen Praktiken des Dalai sind ein Witz*. Alle Sitzungen des tibetischen Parlaments werden live übertragen, und dem Reporter des *People's Daily* hätte es für diese spezielle Nachricht keine großen Probleme bereitet zu erfahren, was da los war und wie es kam, dass einige Abgeordnete unter Protest den Saal verließen.³

Sich aber wegen des Auszugs der Parlamentarier überrascht und schockiert zu geben, ist bestenfalls unaufrichtig, schlimmstenfalls aber der Beweis dafür, dass der Reporter keine Ahnung von den Grundlagen der Demokratie hat, zu denen auch die Freiheit der Wahl gehört. Jedoch zu argumentieren, dass der Auszug die ganze Hohlheit der tibetischen Demokratie zeige, ist ein totales Zerrbild der von den Exiltibetern praktizierten Demokratie. Diese Protestaktion, die nach einer offenen und hitzigen Diskussion erfolgte, stärkt die Vitalität der tibetischen Demokratie, und das ist etwas, worauf jeder Tibeter stolz ist.

Das Parlamentssekretariat, bei dem alle Journalisten, die über die Sitzungen berichten wollen, registriert sind, bestätigte, dass kein Vertreter der *People's Daily* als Beobachter der Sitzung nach Dharamsala gekommen war. Fabriziert nämlich hatte den Artikel über den „Witz“ das *China-Tibet Information Centre*. Bei diesem Beitrag handelt es sich also um einen Fall von Sessel-Journalismus – dieses

Stück kreativen Schreibens stammt aus chinesischer Quelle. So wird z.B. der Name des Vorsitzenden des tibetischen Parlaments, Penpa Tsering, ‚Bianba Cering‘ geschrieben. Kalon Tripa Samdhong Rinpoche wird zu ‚Sangdong‘, und aus dem tibetischen Schriftsteller Jamyang Norbu wird ‚Jia Yangnoubu‘. Sorgfalt und Faktentreue bleiben auch auf der Strecke der Propaganda, wenn die *People's Daily* von dem Sender *Voice of Tibet* als vom ‚Tibetischen Klang‘ in Norwegen spricht. Der Neugierde halber würde uns interessieren, was der ‚Tibetische Klang‘ in Norwegen macht und wer ihn da zum Klingen bringt.

Angesichts einer solch unverantwortlichen Berichterstattung und eines derartigen Mangels an Sorgfalt wundert man sich nicht, dass die Chinesen auf die Frage, ob denn irgendetwas in der *People's Daily* wahr sei, antworten: „Nur das Datum!“

Ein weiterer Artikel trägt die Überschrift *Tibetischer Separatist stellt den ‚Demokratie-Mythos‘ des Dalai Lama bloß*. Er ist zu lesen unter <http://chinatibet.people.com.cn/6789022.html>. Der Artikel zitiert ausführlich aus einem längeren Essay von Jamyang Norbu, der den Titel trägt *Warten auf Mangtso*. Der Essay ist abrufbar unter www.phayul.com.

Was überrascht, ist die Taktik, einen „Separatisten“ zu zitieren, um ihn gegen einen anderen „Separatisten“ ins Feld zu führen. Auch während der Kulturrevolution wurden immer wieder Chinesen beschuldigt, sie würden mit roten Fahnen gegen die rote Fahne opponieren. Gemeint war damit, dass eine Fraktion den Namen Maos benutzte, um gegen Mao selbst zu opponieren. Dass China, eine aufstrebende Großmacht, ausgerechnet auf Zitate von Jamyang Norbu zurückgreift, der zuvor gemeinsam mit dem *Tibetischen Jugendkongress* verächtlich als „Fliege, die mit ihren Flügeln gegen den König der Berge schlägt“ [gemeint ist der Adler, A.d.Ü.] abgetan wurde, ist ein sicheres Zeichen von Verzweiflung. Jamyang Norbu ist ein Verfechter der tibetischen Unabhängigkeit und sagt das laut und mit Stolz. Wenn Peking seinen Artikel benutzt, um die enormen Leistungen Seiner Heiligkeit des Dalai Lama bei der Demokratisierung seiner Verwaltung und Gemeinschaft zu verteufeln und klein zu reden, dann bedeutet das, dass es in der Schlacht um die Herzen und Köpfe der Menschen in Tibet und China auf der Verliererstraße ist.

Demokratie und das Recht zu wählen sind das Geschenk Seiner Heiligkeit des Dalai Lama an das tibetische Volk. Dieses Geschenk hat den tibetischen Flüchtlingen Kraft gegeben, es hat die Natur der Gemeinschaft von Grund auf verändert und ihr enorme Vitalität verliehen. Es hat die Begabung und Energie der jungen Generation freigesetzt, die nun ihren Träumen folgen und ihr Potenzial entfalten kann und dabei zum Zusammenhalt der Gemeinschaft im Exil beiträgt. Diese Freiheit wird dem chinesischen Volk von seinen Führern, die in der Demokratie eine Bedrohung sehen, aktiv verwehrt. Das ist die Erklärung dafür, warum Peking gegen diesen Fremdling namens Demokratie so unermüdlich ankämpft.

Tseten Samdup Chhoekyapa
Repräsentant Seiner Heiligkeit des Dalai Lama
The Tibet Bureau
Place de la Navigation 10
CH-1201 Genf

¹ Begriff aus „1984“ von George Orwell

² verordnete Sprachregelung, s. ¹